

Senat unter Druck wegen Flüchtlingspolitik

Opposition bemängelt vor allem schlechte Unterbringung und fehlende Betreuung von Jugendlichen

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Bremen kommen, nimmt weiter zu – und es fehlt trotz Bemühungen von sozialen Trägern und Sozialbehörde an geeigneten Gebäuden, an Fachpersonal für die Betreuung von minderjährigen Flüchtlingen und an Vorkursen für schulpflichtige Jugendliche. In einer Sondersitzung der Sozialdeputation wurden diese Themen diskutiert.

Die CDU fordert Notfallpläne und bessere Betreuung für die Jugendlichen. Die Linke lehnt die Unterbringung in Zelten auch in Notsituationen wie derzeit aufgrund der Räumung des Wohnheims der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) in Habenhausen ab und übt deutliche Kritik: „Wenn es um eine geschlossene Einrichtung für Jugendliche geht – die teuerste Maßnahme überhaupt – dann ist man schnell dabei, aber für die Umsetzung rechtlich verpflichtender Jugendhilfestandards gibt es zu wenig Betreuer“, kritisiert Sofia Leonidakis, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linken. Die Standards für Jugendliche würden extrem abgesenkt: „Das wird einem Sozialstaat nicht gerecht.“

Leonidakis hatte die Jugendlichen im auf dem Stadtwerder aufgebauten Zelt besucht. „Die Schlafbuchten für sechs bis sieben Jugendliche sind nur durch Bauzäune getrennt, Türen gibt es nicht, man hört überall jedes Wort – weniger Privatsphäre geht nicht“, so die Linken-Politikerin.

„Keiner der Jungen hat eine Amtsvormundschaft, keiner besitzt ein Aufenthaltspapier, die Schule besucht auch niemand“, sagt auch Sylvia Pfeifer vom Verein Fluchtraum. „Die Jugendlichen leben isoliert und werden sich selbst überlassen.“

Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) ist nicht glücklich über die Zelte, sieht aber keine Alternative dazu. Leonidakis verweist auf Leerstände in der Stadt: Der Leerstandsmelder verzeichne über 700 ungenutzte Gebäude in Bremen. Der Leerstandsmelder ist ein Projekt des Autonomen Architektur Ateliers (AAA), das die Probleme bei der Suche nach Räumen für Zwischennutzung aus eigener Anschauung kennt. Daniel Schnier vom AAA weist darauf hin, dass in der Bahnhofsvorstadt weiterhin viele Büroräume leer stünden, die zu Flüchtlingsunterkünften und langfristig zu günstigen Wohnungen umgebaut werden

könnten. Auch ein früheres Bürogebäude von Beck's am Ende der Bürgermeister-Schmidt-Brücke stehe seit Jahren leer – ebenso wie der Lloydhof in der Innenstadt.

Unterdessen wird nahe der Uni ein weiterer Zeltstandort aufgebaut: Auf einer Wiese beim Fallturm entstehen Zelte für 120 Jugendliche aus der ZAST. „Am Dienstag ist die Wiese eingeebnet worden, jetzt wird der Boden für die Zeltstadt gelegt“, sagt Lucie-Patrizia Arndt vom Fallturm-Betreiber ZARM, die das Geschehen von ihrem Büro aus sieht. Die Uni signalisiert, dass die Flüchtlinge willkommen seien.

Die Zahl der minderjährigen Flüchtlingen, die nach Bremen kommen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast vervierfacht, sagt Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne). Künftig solle die Eissporthalle in Walle als Erstaufnahmeeinrichtung für Jugendliche dienen. Viele neue Standorte sind laut Sozialbehörde geplant. Dazu gehören das ehemalige Zollamt in der Hans-Böckler-Straße, ein Hotel, eine befristet nutzbare Sporthalle in Arsten und das Jacobushaus. Noch in diesem Jahr müssen Stahmann zufolge in Bremen rund 500 Plätze für Jugendliche geschaffen werden.

„Bei der Wohnraumvermittlung haben wir einen Rekord: 160 Wohnungen sind im vergangenen Monat vermittelt worden“, sagt Stahmann. In früheren Monaten seien es häufig 50 bis 100 Wohnungen gewesen.

Brennpunkt der Kritik von Parlamentariern bleibt trotz Würdigung der Anstrengungen der Sozialbehörde, dass diese so lange an der ZAST festgehalten habe. Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bezeichnet die ZAST als „Elendsruine“, von der schon länger bekannt sei, dass man sie abreißen müsse. Und in Habenhausen reißen die schlechten Nachrichten nicht ab: Nun gibt es in der ZAST – nach Bettwanzen und Krätze – zwei Verdachtsfälle von offener Tuberkulose. Ein Jugendlicher wurde bereits ins Krankenhaus eingeliefert. „Es gibt keinen Grund für Panik, Tuberkulose ist in Deutschland gut behandelbar“, sagt Monika Lelgemann, Leiterin des Gesundheitsamtes. „Aber es ist für uns eine große Herausforderung, die rund 200 Personen zu untersuchen, die mit den Jugendlichen Kontakt hatten.“ Alle Jugendlichen der ZAST und im Zelt auf dem Stadtwerder sollen nun untersucht und geröntgt werden.

Standpunkt Seite 2-Berichte Seiten 4 und 9